

Plattform für Menschenrechte
Kirchenstraße 34
5020 Salzburg
office@menschenrechte-salzburg.at
www.menschenrechte-salzburg.at



An
Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer
Postfach 527
5010 Salzburg

Landesrätin Mag.a Martina Berthold MBA
Postfach 527
5010 Salzburg

Salzburg, 12. 9. 2016

Betreff: Versorgung von Flüchtlingen in Not

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Dr. Haslauer!
Sehr geehrte Frau Landesrätin Berthold!
Liebe Martina!

Bereits im April 2016 haben Mitarbeiter*innen der Kija und ein ehrenamtliches Team rund um die Kija erstmals eine **geflüchtete Familie mit Kleinkindern unversorgt am Bahnhof** aufgefunden. In der Folge - und auch aktuell noch - werden immer wieder unversorgte Familien nicht nur am Bahnhof angetroffen. Sie „stranden“ in Salzburg, häufig ohne zu wissen, dass bzw. warum sie in Österreich sind. Manche wurden aus Deutschland zurückgeführt, manche werden bereits in Österreich in Zügen aus Ungarn aufgegriffen.

Meist sind die Menschen mittellos in Salzburg. Laut einer Mitarbeiterin der Kija haben Eltern berichtet, dass sie ihren Kindern in Ermangelung von Alternativen, auch Gras zu essen gegeben haben. Der Plattform für Menschenrechte sind mehrere Fälle bekannte, wo Familien im August 2016 nur mit Hilfe anderer syrischer Flüchtlinge Not-Unterkunft und Nahrung erhielten. Auch ist der Plattform für Menschenrechte bekannt, dass Mitte August eine mittellos syrische Mutter alleine mit zwei Kindern (3 und 5 Jahre alt) in einem Park genächtigt hat.


Gemeinsam ist diesen Menschen, dass sie **unversorgt, nicht über ihre rechtliche Situation und über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert** sind. Sie wissen nicht, an wen sie sich wenden können, um eine verlässliche und umfassende Information und Beratung über ihre Möglichkeiten und eine Abklärung ihrer Perspektiven zu erhalten. Und selbst wenn Betroffene über Informationen verfügen (z. B. eine schriftliche Information über eine fremdenpolizeiliche Behandlung) können sie diese nicht verstehen, da die schriftliche Ausführung lediglich in deutscher Sprache erfolgt.

Im Juli erfolgte eine **Sachverhaltsdarstellung zu dieser Problematik durch die KIJA**. Das Problem ist jedoch nach wie vor aktuell. Angesichts der steigenden Zahlen an Rückschiebungen aus Deutschland ist davon auszugehen, dass es auch eine steigende Zahl unversorgter und über die komplexe Rechtssituation nicht informierter Menschen in Salzburg geben wird.

Diese Situation widerspricht humanitären und menschenrechtlichen, und im Falle von Familien auch kinderrechtlichen Standards.

Wir bitten dringend darum, sicherzustellen dass es eine **unabhängige Möglichkeit der Rechtsberatung** für zurückgeschobenen Menschen in Salzburg gibt und dass Rechtsinformationen auch in entsprechenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden (können). Weiters braucht es eine **niederschwellige Anlaufstelle, wo undokumentierte Flüchtlinge eine Notversorgung** (Unterkunft, Nahrung, ggfs. medizinische Betreuung, Kleidung) erhalten können. Andernfalls sind diese Menschen auf rein ehrenamtliche Unterstützung und den guten Willen zufälliger Bekannter angewiesen! Auf jeden Fall muss in Zukunft sichergestellt werden, dass Asylwerber*innen und deren Kinder nicht auf der Straße landen.

Mit der Bitte um Einleitung entsprechender Maßnahmen verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Maria Sojer-Stani



Ursula Liebing